



**Antragsteller\*in:**

*Students for Palestine Freiburg*

**Antragsinhalt:**

Die Vollversammlung möge beschließen,

Erstens: die Universitätsleitung aufzufordern, das Austauschprogramm mit der Hebrew University of Jerusalem (HUJ) zu beenden.

Zweitens: den StuRa und AstA zu empfehlen, sich dafür einzusetzen, damit das Austauschprogramm mit der Hebrew University of Jerusalem beendet wird.

**Begründung:**

Die HUJ ist auf illegal besetztem palästinensischem Land gebaut (laut dem Internationalen Gerichtshof, 2024), kooperiert mit der israelischen Armee (IDF), indem sie Soldat\*innen trainiert, und ist an der Entwicklung von Waffen beteiligt, die im Völkermord in Gaza eingesetzt werden. Zudem fungiert die Universität als Teil des israelischen Apartheid-Systems: mit einer Militärbasis im Campus an der Grenze des palästinensischen Viertels Issawiye verletzt sie das Recht von Palästinenser\*innen auf Bewegungsfreiheit, sowie weitere ihrer Menschenrechte. Nachdem der IGH im Juli 2024 seine beratende Stellungnahme bezüglich Israels völkerrechtswidriger Besatzung der palästinensischen Gebiete abgegeben hatte, gaben 37 UN-Sonderberichterstatter\*innen und den Vereinten Nationen angeschlossene Menschenrechtsexpert\*innen eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie unter anderem dazu aufriefen, „*wirtschaftliche Beziehungen, Handelsabkommen und akademische Beziehungen mit Israel abubrechen oder auszusetzen, die zu seiner unrechtmäßigen Präsenz und seinem Apartheidregime in den besetzten palästinensischen Gebieten beitragen könnten*“. In diesem Fall ist der Beitrag des Austauschprogramms zur unrechtmäßigen Präsenz eindeutig, da die Universität auf illegal besetztem palästinensischem Land gebaut wurde, und die Studierendewohnheime der Universität sogar in einer illegalen Siedlung gebaut wurden. Das bedeutet, dass die Universität Freiburg aktiv Völkerrechtsbrüche fördert, in dem sie ihren Studierenden anbietet, in einer auf illegal besetztem palästinensischem Land gebauten Universität zu studieren und in einer illegalen Siedlung zu wohnen, und somit ihr Pflicht, Menschenrechte zu schützen, nicht gerecht wird.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).